

Zugestellt durch Post.at

Ausgabe März 2018

**DIE GRÜNEN**

**STATTEGG**



**NAHVERSORGER –**

**KOSTE ES, WAS ES WOLLE?**

Ein Nahversorger soll im März/April diesen Jahres in Stattegg aufsperrern. Eine gute Sache, doch die Kosten dafür sind aus unserer Sicht unverhältnismäßig hoch. Damit Sie sich als Bürgerin und Bürger ein ganzes Bild machen können, informieren wir Sie über die Kostenwahrheit.

Seit Juli 2017, nach dem Vertragsausstieg von Nah&Frisch bzw. der Pfeiffer GmbH, zahlt die Gemeinde für die leeren Räumlichkeiten über 3.200 € an Miete. Das sind bisher über 30.000 €. Zusätzlich hat es eine einmalige Subvention von 40.000 € gegeben. Insgesamt hat der Nahversorger bereits ca. 70.000 € an Steuergeld gekostet – für bislang leere Gewerberäume!

Zudem ist die Gemeinde nun Hauptmieter und trägt somit auch die volle Haftung. Das ist eine vertragliche Schlechterstellung der Gemeinde im Vergleich zu den Vereinbarungen von 2015.

Die genauen Bedingungen des neuen Vertrages sind nicht besprochen worden, da im Juni 2017 nur ein „Grundsatzbeschluss“ für einen neuen Mietvertrag mit dem Team Styria gefasst wurde, der dem Sitzungsprotokoll nicht angehängt

worden ist. Der endgültige Vertrag wurde dem Gemeinderat nicht mehr zum Beschluss vorgelegt. Auch die neue Vereinbarung mit der Pfeiffer GmbH wurde nicht beschlossen und der Gemeinderat erst auf Nachfrage darüber informiert. Eine Vertragsbegutachtung mit allen Fraktionen fand nie statt. Man beruft sich auf die alten Verträge von 2015. Diese sind aber inzwischen gegenstandslos geworden und es ist zu prüfen, ob die neuen Verträge auf Basis der alten Beschlüsse überhaupt rechtskonform zustande gekommen sind. Wenn sich die Vertragskonstellation ändert, sind auch neue Beschlüsse zu fassen, bestätigt uns ein Jurist des Landtages.

Auf jeden Fall ist der Nahversorger ein weiteres Beispiel für undurchsichtige Vertragsabschlüsse der Gemeinde und verschwenderischen Umgang mit Steuergeld. Die Grünen Stattegg haben dies vorsorglich immer abgelehnt, denn die Bevölkerung hat ein Recht, dass es transparente und klare Verträge gibt und mit dem Steuergeld sparsam umgegangen wird. Mit dem Leergeld, das die Gemeinde bisher schon gezahlt hat, hätte man gleich jedem Stattegger Haushalt einen Großeinkauf schenken können! Da hätten Sie, liebe Statteggerinnen und Stattegger, wenigstens etwas von ihrem Steuergeld gehabt.



Die Grünen in Stattegg

**GR STEFAN ROTHBART**

M: 0664/53 22 404, E: stefan.rothbart@gruene.at

**GR HELMUTH BINDER**

M: 0664/737 51 729, E: helmuth.binder@gruene.at



GR Stefan Rothbart



GR Helmuth Binder

## ALPENGARTEN RANNACH

### VERSÄUMNIS DER GEMEINDE!

Seit einiger Zeit gärt es rund um den Alpengarten Rannach. Ausgelöst hat alles ein Bericht des steirischen Landesrechnungshofes, der 2017 das Universalmuseum Joanneum (UMJ), in dessen Besitz sich die Liegenschaft des Alpengartens befindet, geprüft hat. Dieser Prüfbericht, der online auf [www.landesrechnungshof.steiermark.at](http://www.landesrechnungshof.steiermark.at) unter der OZ 1475/2 öffentlich nachzulesen ist, bescheinigt der Gemeinde erhebliche Versäumnisse. 2005 pachtete die Gemeinde den Alpengarten vom UMJ und verpflichtet sich, Investitionen zum Erhalt des Alpengartens zu tätigen. Gemeint waren damit die Kosten für eine Generalsanierung, die auf ca. 400.000€ geschätzt wurden. 2017 hat der Landesrechnungshof festgestellt, dass bislang keine nennenswerten Investitionen vonseiten der Gemeinde getätigt worden sind. Es wurden sogar Kosten auf die Betreiberin der Gastwirtschaft und auf das Land Steiermark abgewälzt.

„Die Gemeinde hat es völlig verabsäumt, den vertraglichen Verpflichtungen nachzukommen. Hier geht es nicht nur um das wirtschaftliche Wohl einer Gastronomie, sondern auch um die Wohnsituation einer Familie, auf die die Gemeinde völlig vergisst“, kommentiert Gemeinderat Rothbart die Situation und warnt davor, dass die Gemeinde mit Schadensersatzforderungen konfrontiert wird. Darüber, wie viel die Gemeinde in den Alpengarten wirklich investiert hat, herrscht offenbar Verwirrung. Eine Stellungnahme im Landtag beinhaltet einer Auflistung von Investitionen, die die Gemeinde „angeblich“ für den Alpengarten getätigt hat. „Diese Auflistung ist absurd. Da wird z. B. der Kanalausbau auf der Rannach als Investition in den Alpengarten verkauft“, meint Gemeinderat Rothbart dazu.

Auch wurde bekannt, dass geprüft wird, den Alpengarten zusammen mit der Landesstraße der Gemeinde zu übergeben. Damit würden Stattegg erhebliche Zusatzkosten entstehen! „Diese Zusatzkosten sind sicher nicht im Interesse



der Bevölkerung. Im Gemeinderat wurde darüber nie beraten, geschweige denn ein Beschluss gefasst. Ich wundere mich sehr über diese Hinterzimmer-Verhandlungen“, kommentiert Rothbart.

Um in die Causa Alpengarten Transparenz zu bringen, haben die Grünen Stattegg bereits in der Gemeinderatssitzung im Dezember 2017 um eine Auflistung aller Ausgaben und Kosten ersucht, die demnächst im Gemeinderat berichtet werden muss. Auch der Prüfungsausschuss der Gemeinde wird sich im März 2018 damit beschäftigen.

Siehe Prüfbericht des LRH, S. 66f., online abgerufen: <http://www.landesrechnungshof.steiermark.at/cms/ziel/3522846/DE/>

## VERANSTALTUNGEN:

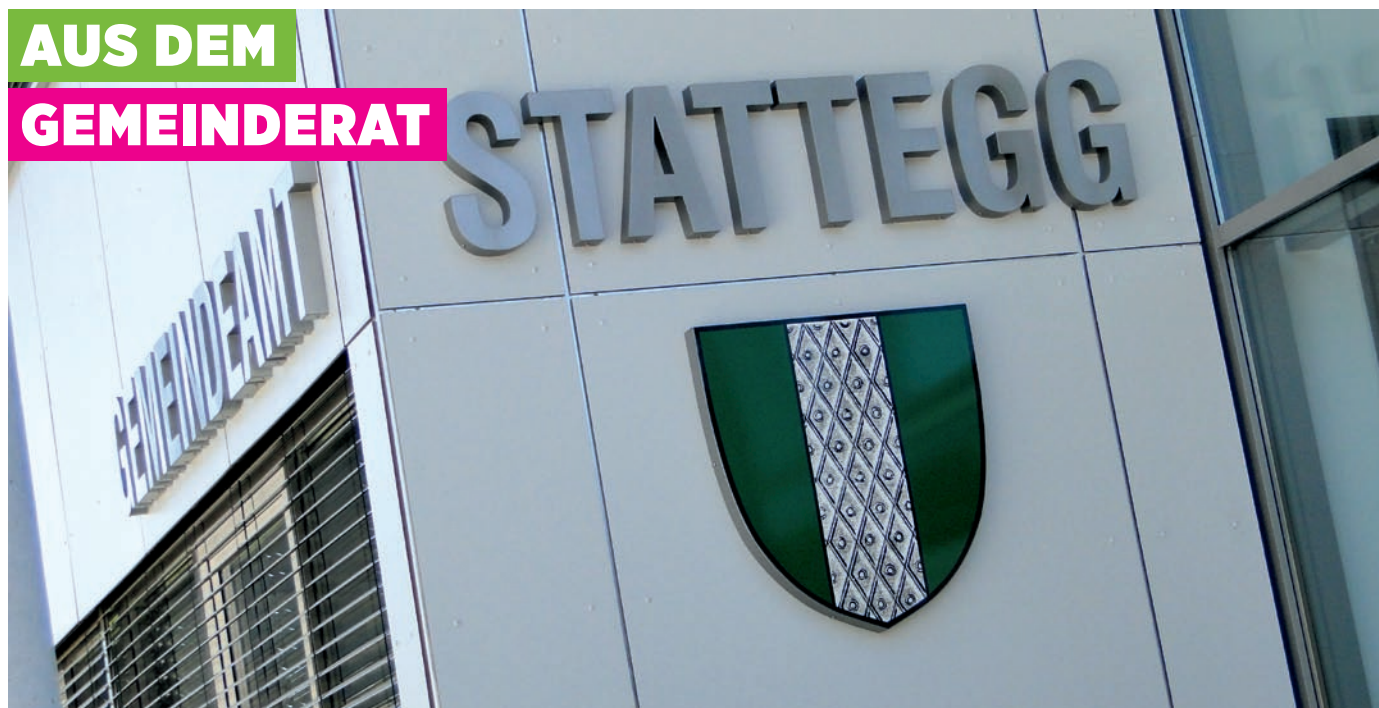
### BAUMSCHNEIDEKURS:

**SAMSTAG, 10.03.2018, ab 10:00 Uhr**, im Garten von Helmuth Binder, Graz-Stattegg, Ursprungweg 186.

Bei richtiger Baumpflege gibt es auch guten Ertrag. Praktisches Üben unter fachkundiger Anleitung mit Karl Neuhold.

Anmeldung bei Helmuth Binder, Tel. 0664 7375 1729; Email: [helmuth.binder@gruene.at](mailto:helmuth.binder@gruene.at)

**STAMMTISCH: FREITAG, ab 06.04.2018, ab 19:00 Uhr**, im Gasthaus Huberwirt



### Flurschäden Rückhaltebecken:

In der Gemeinderatssitzung vom 14.12.2017 stellt Grün-Gemeinderat Helmut Binder die Anfrage, ob bzgl. des Höllbach-Rückhaltebeckens alle Flurschäden mit anrainenden Grundbesitzern beglichen sind. Laut Bürgermeister sind keine Kosten mehr offen. Aus der Bevölkerung hört man jedoch Gegenteiliges.

### Budget 2018:

Die Grünen Stattegg enthielten sich der Stimme für den Budgetentwurf 2018. Grund waren die enorm gestiegenen Gesamtkosten und die hohen Kreditsummen, die aufgenommen werden müssen. Aus Sicht der Grünen Stattegg hat die Gemeinde, für diese bereits lang bekannte schwierige Ausgabensituation, in den letzten Jahren zu wenig Vorsorge getroffen. Bei effizienter mittelfristiger Finanzplanung hätte die Höhe der aufzunehmenden Schulden geringer ausfallen können! Die Haltbarkeit des Budgetentwurfs ist daher zu diesem Zeitpunkt fraglich. Es bestehen Unsicherheiten hinsichtlich der Kostenentwicklung, aufgrund derer eine volle Zustimmung zum Budget, im Sinne einer effizienten, nachhaltigen und sparsamen Verwendung von Steuermitteln, nach vorliegenden Informationen, nicht möglich ist.“

### Vorgangsweise Neubau Feuerwehr:

Die Vorgangsweise im Gemeinderat zum Neubau der Feuerwehr ist kritikwürdig.

Über die Kostenentwicklung im weiteren Planungsverlauf sind die Mitglieder des Gemeinderates nur mangelhaft informiert worden. Im mittelfristigen Finanzplan, der im September 2017 beschlossen wurde, konnte man noch mit 1,6 mio € an Kosten rechnen. Ursprünglich sollten es überhaupt nur 1,3 mio€

sein. Auf Drängen der Grünen gab es im November 2017 eine Ausschusssitzung, wo bekannt wurde, dass der Neubau erneut teurer werden würde und nun auf knapp 1,8mio Euro geschätzt wird. Bis zum Budgetbeschluss im Dezember lag noch keine detaillierte Kostenaufstellung vor. (Siehe Beitrag zum Budget 2018) Trotz dieser Kostensteigerung wurde über günstigere Alternativen nicht debattiert, obwohl es dafür Optionen gegeben hätte.

Es ist fraglich, warum man sich nicht früher bemüht hat, alle Kosten zu ermitteln und der Informationsfluss dazu so intransparent verlief. Auch hätte die Gemeinde in Anbetracht der Kostensteigerungen parallel Alternativen prüfen müssen. Die Grünen Stattegg treten für eine transparente Vorgehensweise und einen besseren Informationsaustausch ein. Für Großprojekte dieser Art ist es nötig, dass alle Beteiligten zusammenkommen und gemeinsam beraten.

### Hochwasserprogramm:

Was ist aus den ganzen Hochwasserstudien in Mühl, Hub und am Waldweg geworden? Es wurde viel Geld für Planungen ausgegeben, weiter passiert ist nur nichts. Eine Erhebung aller Zuläufe wäre für ein erweitertes Hochwasserprogramm in Stattegg nötig. Schon seit einiger Zeit liegt der Gemeinde dazu eine brisante Studie vor. Wir Grünen fordern, diese Studie in einem Ausschuss zu behandeln.

### Straßensanierung:

Für viele Straßensanierungen fehlt derzeit offenbar das Geld. Der Ursprungweg ist eine der am stärksten befahrenen Straßen in der Gemeinde, obwohl diese für starken Verkehr absolut nicht ausgelegt ist. Die Sanierung der maroden Straße wäre dringend notwendig. Auch anderorts wäre Handlungsbedarf!

## SCHWARZBLAU:

# ES WIRD KÄLTER IM SOZIAL-BEREICH!

### Kürzungspläne von Kurz und Strache bringen Bundesländer in große Verantwortung.



Sandra Krautwaschl  
(Foto: podesser.net)

Kaum ist die neue schwarzblaue Bundesregierung im Amt zeigt sie auch bereits deutlich, in welche Richtung es in der Sozialpolitik gehen wird: Bei den Schwächsten und Ärmsten soll noch mehr gekürzt werden – mit konkreten Beschlüssen wollen Kanzler Sebastian Kurz und sein Vize Heinz Christian Strache jedoch noch warten, bis die Landtagswahlen im Frühjahr vorbei sind.

Einiges an ihren Plänen ist in den letzten Wochen jedoch trotzdem schon durchgesichert:

- »» ÖVP und FPÖ wollen die Notstandshilfe, die bis jetzt ja eine Versicherungsleistung ist, streichen und stattdessen ein österreichisches Modell des deutschen Hartz 4 einführen. Statt Notstandshilfe sollen die Betroffenen sofort Mindestsicherung bekommen – und das bedeutet für die Arbeitssuchenden nicht nur noch weniger Geld, sondern auch, dass der Staat noch schneller auf das Ersparte der Betroffenen zugreifen kann. Wer mehr als 4.200 Euro am Konto hat, muss jeden Bausparvertrag, jede Lebensversicherung und jede private Pensionsversicherung aufkündigen, der Staat darf außerdem ins Grundbuch für das eigene Haus oder die Wohnung. Und weil in der Mindestsicherung (im Gegensatz zur Notstandshilfe) vom Sozialamt keine Beiträge zur Pensionsversicherung bezahlt werden, führt das direkt in die Altersarmut.
- »» Gleichzeitig soll die Mindestsicherung strenger kontrolliert werden, für Familien soll ein „gedeckelter Höchst-Beitrag“ kommen (im schwarzblauen Oberösterreich bekommt eine Familie schon jetzt, egal wie viele Kinder sie hat, maximal 1.500 Euro im Monat).
- »» Die Zugangsregeln für das Arbeitslosengeld sollen verschärft werden (kein Berufsschutz mehr).
- »» Bereits gestoppt hat die Bundesregierung den „Beschäftigungsbonus“, der über-50-Jährige Arbeitslose in neue Jobs bringen sollte.

- »» Auch unter die „Aktion 20.000“, die langzeitarbeitslose ältere Menschen zurück in das Arbeitsleben gebracht hat, wurde bereits ein blauschwarzer Schlussstrich gezogen.
- »» Studiengebühren sollen wieder eingeführt werden.

„Die Kürzungs-Pläne der blauschwarzen Bundesregierung stellen die Bundesländer vor große Herausforderungen“, ist die Grüne Sozialsprecherin im steirischen Landtag, Sandra Krautwaschl, überzeugt: „Sie müssen gemeinsam dagegen ankämpfen, dass dermaßen brutal auf dem Rücken der Schwächsten gekürzt wird – die Bundesländer haben hier große Verantwortung für das soziale Klima im Land!“ Freilich durchaus auch aus Eigeninteresse: Denn, wenn beispielsweise immer mehr Menschen Mindestsicherung (statt Notstandshilfe) bekommen, dann werden das die Länder und die Gemeinden aus ihren jeweiligen Budgets bezahlen müssen.

Dass es jedoch nicht einfach werden wird, die jeweiligen Regierungsparteien in den Bundesländern davon zu überzeugen, zeigte sich vor kurzem im Jänner: Da hatten die Grünen eine Antragsinitiative gestartet, dass sich die Steiermark gegen das Aus für die Notstandshilfe wehren soll. Doch während die SPÖ zuvor noch mittels Presseaussendungen lautstark dagegen gepoltert hatte („asoziale und menschenverachtende Politik“ meinte etwa SPÖ-Landtagsabgeordneter Max Lercher), stimmten die SozialdemokratInnen gemeinsam mit ÖVP und FPÖ gegen den Grünen Antrag... „Es wird sich in den kommenden Monaten auch zeigen, wie ehrlich die Kritik der SPÖ ist oder ob sie, wie bei der Notstandshilfe, dann, wenn es darauf ankommt, erst wieder gemeinsame Sache mit Blauschwarz macht“, so Krautwaschl.



(Foto: podesser.net)